



Wählergemeinschaften
Landkreis Celle



Wahlgrundsätze für die Gemeinderäte- und Kreistagswahl 2026

WG: GESTALTEN STATT VERWALTEN!

Die Wählergemeinschaften des Landkreises Celle (WG Landkreis) sind keine Partei, sondern ein Zusammenschluss von **14 Wählergemeinschaften aus Stadt und Landkreis Celle**, deren Mitglieder kommunalpolitisch interessierte und parteiungebundene Bürger sind (WG Bergen, WG Celle, UWG Eschede, NWG Fassberg-Müden, FWG Hambühren, WG Hermannsburg, UB Lachendorf, UL Ahnsbeck, UWG Nienhagen, WG Unterlüß, WG Wietze, LUB Flotwedel, UWG Winsen (Aller) und Hohne). Die Gründung des Arbeitskreises erfolgte im Jahre 1994.

Die WG im Landkreis Celle positionieren sich als unabhängige, bürgernahe politische Kraft, die quer durch alle Bevölkerungsschichten die Bürgerinnen und Bürger, unser heimisches Gewerbe, das Handwerk und den Mittelstand stärken, Kommunen entlasten, Bürokratie abbauen und die Steuer- u. Abgabenlast verringern wollen.

Unsere Wählergemeinschaften verstehen sich als Alternative zu den etablierten Parteien mit den Schwerpunkten auf Sachpolitik, die aus kommunaler Erfahrung heraus entscheidet und nicht auf Basis von Parteipolitik!

Kreistagswahl 2026

WG: GESTALTEN STATT VERWALTEN!

Zentrale 11 Punkte des Wahlprogramms zur Kommunalwahl 2026 und der folgenden Legislaturperiode sind:

- 1. Basisorientierte Kommunalpolitik** vom Bürger für den Bürger.
- 2. Kommunen & Infrastruktur:** Stärkung der Kommunalfinanzen und eine verantwortungsvolle, sparsame Haushaltsführung, die sich an den Einnahmen orientiert und die Verschuldung langfristig abbaut.
- 3. Transparenz statt Parteienfilz** – wir wollen Bürgerinformation und Teilhabe VOR wichtigen Entscheidungen.
- 4. Jugend ist Zukunft** – wir wollen Jugendarbeit fördern, aber auch unsere Jugend aktiv fordern.
- 5. Gewerbe, Wirtschaft, Handwerk, Industrie, und Landwirtschaft** sind die Basis unseres Wohlstandes, die es gilt zu fördern und auszubauen.
- 6. Bildungssystem zukunftssicher machen**, durch Erhalt und Modernisierung der Schulstruktur und Schulen im ländlichen Raum, Fokus auf praxisorientierte Digitalisierung.
- 7. Gemeinde-, Landkreis- und die Stadtverwaltung** müssen schneller und stärker digitalisiert und Bürokratie abgebaut werden.
- 8. Lebensqualität, Natur und Umwelt schützen** durch Innovationen statt Verbote, Ausbau regenerativer Energien, Unterstützung unserer Landwirtschaft- u. Biogasbetriebe und Unterstützung der Nahwärmeversorgung.
- 9. Sicherung der hausärztlichen Grundversorgung mit Haus- u. Fachärzten** in den Gemeinden durch aktive Nutzung der Förderkulisse (u.a. durch Förderung der KVN und vom Land Niedersachsen)
- 10. Erhalt und Ausbau des AKH-Celle** weiterhin in kommunaler Trägerschaft des Landkreises Celle.
- 11. Verringerung der Steuer- u. Abgabenlast** für Bürgerinnen u. Bürger, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft.

WG: GESTALTEN STATT VERWALTEN!

1. Basisorientierte Kommunalpolitik vom Bürger für den Bürger bedeutet:

...Entscheidungen nah am Bürger zu treffen, Transparenz zu schaffen und direkte Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Sie nutzt das Prinzip der Selbstverwaltung, um lokale Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln.

Wir führen und fordern regelmäßige öffentliche Bürgerworkshops in den Kommunen ein, damit Bürgerinnen und Bürger mitreden und vor allem mitbestimmen können, durch:

- **Transparenz herstellen:** Bürger umfassend über Pläne, Haushalte und Projekte informieren (Open Government).
- **Ansprechbar sein:** Als Kommunalpolitiker suchen wir aktiv das Gespräch, wir zeigen Kümmerer-Mentalität und möchten Vertrauen aufbauen
- **Direkte Mitbestimmung:** Wir nutzen Bürgerversammlungen, Jugendparlamente oder Planungsworkstätten nutzen, um Ideen direkt aus der Bevölkerung aufzunehmen.
- **Subsidiaritätsprinzip nutzen:** Wir wollen Aufgaben dort lösen, wo sie entstehen – erst wenn die Gemeinde überfordert ist, kommen Landkreis oder Land ins Spiel.
- **Ehrenamt stärken:** Wir unterstützen die Vereine, Initiativen und Verbände und binden das ehrenamtliche Engagement in den politischen Prozess ein, denn: bürgerschaftliches Engagement ist der Kit, der unsere Gesellschaft und das Leben in den Kommunen zusammenhält!

2. Kommunen & Infrastruktur stärken bedeutet: Kommunalfinanzen mit verantwortungsvoller, sparsamer Haushaltsführung, die sich an den Einnahmen orientiert und die Verschuldung langfristig abbaut. Kommunen in Deutschland können ihre Infrastruktur stärken und die Finanzen durch einen Mix aus **gezielter Nutzung von Fördermitteln (insb. Sondervermögen 2025/2026)**, durch **Investitionen in klimaresiliente Infrastruktur und striktem Haushaltsmanagement** vor Verschuldung sichern.

- **Nutzung von Sondervermögen & Fördermitteln:** Kommunen sollten intensiv das **Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“** (500 Mrd. Euro bis 2045) nutzen, das 2025 in Kraft trat, um Projekte in Bildung, Verkehr und Digitalisierung zu finanzieren.
- **Beschleunigte Umsetzung:** Durch die Reform des Vergaberechts und die Reduzierung von Bürokratie (geplant ab 2026, z. B. „Bauturbo“) sollen Projekte schneller umgesetzt werden.
- **Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP):** Die Einbindung privater Partner kann helfen, den Rückstand bei Schulen, Kitas und Straßen abzubauen.
- **Fokus auf Daseinsvorsorge:** Die Rückführung von Infrastruktur (Wasser, Energie, Wohnen) in kommunale Hand kann Gewinne sichern und die Qualität der Daseinsvorsorge erhöhen.
- **Konsolidierung u. Ausgabenkontrolle:** Trotz Investitionsnotwendigkeit müssen Kommunen ihre Haushalte konsolidieren, insbesondere durch Begrenzung steigender Sozial- und Personalausgaben.

3. „Transparenz statt Parteienfilz bedeutet: Wir wollen Bürgerinformation und Teilhabe VOR wichtigen Entscheidungen“. Das ist unsere politische Forderung, die auf mehr Offenheit, Nachvollziehbarkeit und direkte Mitbestimmung in der Politik abzielt. Sie wendet sich gegen intransparente Absprachen (Filz) und fordert, dass Bürger nicht erst vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern frühzeitig eingebunden werden.

- **Transparenz (Offenheit):** Verwaltung und Politik legen Informationen, Entscheidungswege und finanzielle offen. Entscheidungen sollen „durchschaubar“ und nachvollziehbar sein.

- **Frühzeitige Information:** Bürger sollen nicht erst informiert werden, wenn ein Vertrag unterschrieben oder eine Planung abgeschlossen ist.

- **Umfassende Information:** Informationen müssen zugänglich, verständlich und in klarer Sprache zur Verfügung gestellt werden (Open Data). **Ziel:** Bürger sollen in die Lage versetzt werden, die Konsequenzen geplanter Maßnahmen zu verstehen, bevor diese bindend sind.

- **Aktive Beteiligung und echte Mitbestimmung:** Bürgerbeteiligung bedeutet mehr als nur Information; sie umfasst die Möglichkeit zur Mitgestaltung durch Anhörungen, Bürgerforen oder Planungszellen.

Teilhabe soll Konsequenzen haben und spürbare Veränderungen ermöglichen, anstatt nur Vorschläge zu sammeln, die nicht umgesetzt werden.



4. Jugend ist Zukunft bedeutet für uns, dass junge Menschen als entscheidend für die Zukunft angesehen werden. Durch Jugendarbeit soll Unterstützung geboten werden (fördern), gleichzeitig sollen Jugendliche aber auch motiviert werden, Verantwortung zu übernehmen, sich zu engagieren und eigene Leistungen zu erbringen (fordern), um ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu unterstützen.

- **Fördern (Unterstützung):** Bereitstellung von Angeboten der Jugendhilfe, Freiräumen zur Entfaltung, Bildungsmöglichkeiten und Infrastruktur.

- **Fordern (Aktivierung):** Anregung zu sozialem Engagement, politischer Mitverantwortung und aktiver Teilhabe an der Gesellschaft, nicht nur passive Konsumhaltung.

- **Anerkennung der Jugend** als wichtige Gestalter der Gesellschaft, deren Förderung eine Investition in die Zukunft darstellt. In der Praxis bedeutet dies aus unserer Überzeugung als eine Mischung aus Hilfe zur Selbsthilfe und dem Einfordern von Eigeninitiative, etwa in der Jugendarbeit von Vereinen, Schulen oder offenen Treffs.



5. Gewerbe, Wirtschaft, Handwerk, Industrie, und Landwirtschaft sind die Basis unseres Wohlstandes, die es gilt zu fördern und auszubauen. Die Unterstützung unseres heimischen Gewerbes, Klein- u. Mittel-ständischen Betriebe (KMU) und unserer regionalen Landwirtschaft liegt uns am Herzen.

- **Aktive Wirtschaftsförderung und KMU-Unterstützung** würden wir durch Beratung und Vernetzung von Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die KMU bei Förderanträgen (z.B. für Digitalisierung, Energieeffizienz) unterstützen und Kooperationen mit Wissenschaft und Hochschulen erleichtern. Schnellere Genehmigungen: Verkürzung von Verwaltungsabläufen bei Bauanträgen, Gewerbeanmeldungen und Genehmigungen, um Investitionen der Betriebe zu beschleunigen.
- **Stabile Hebesätze**: Ein maßvoller Gewerbesteuerhebesatz sorgt für Standortattraktivität. Wettbewerbsfähige Hebesätze verhindern die Abwanderung von Unternehmen und stärken die langfristige Steuerkraft.
- **Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur**: Die Ansiedlung verschiedener Branchen verringert die Abhängigkeit von einzelnen Großsteuerzahlern und stabilisiert das Steueraufkommen konjunkturunabhängiger. ggf. Unternehmen unterstützen, um deren Fortbestand zu sichern.
- **Investitionsanreize**: Nutzung von Programmen zur Förderung von Investitionen, die wiederum die Bemessungsgrundlage für zukünftige Steuern erhöhen.
- **Grundstückspolitik**: Entgeltliche oder verbilligte Überlassung von Grundstücken und Gebäuden zur Ansiedlung oder Erweiterung von Betrieben.



6. Beste Bildung – Investitionen in die Zukunft unserer Kinder!

- **Bildungssystem zukunftssicher machen, denn Bildung findet vor Ort statt.** Durch Erhalt und Modernisierung der Schulstruktur in der Stadt und im ländlichen Raum, setzen wir den Fokus auf:
- **Eine gute Ausstattung der Schulen mit zukunftsfähigen Lernräumen** und einen modernen Betrieb von Schulgebäuden und eine praxisorientierte Digitalisierung.
- **Nutzung der Förderkulisse des BMBF „kommunale Bildungsmanagement“** mit neuen Programmen, so dass die kommunalen Bildungslandschaften von morgen gestaltet werden können.
Ziel ist, dass die Kommunen ihren Schülern, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern in allen Lebensphasen passgenaue Bildungsangebote machen können und so die Bildungschancen für alle ausbauen, um unsere Standortattraktivitäten zu stärken und eine positive Stadt- und Regionalentwicklung zu erreichen.
- **Ganztagsschulen bedarfsgerecht ausbauen**, frühkindliche Bildung stärken, Schulen in sozialen Brennpunkten gezielter fördern Übergang in Ausbildung und Beruf unterstützen, durch Bildungsinitiativen mit den Handwerks- und Industrie- und Handelskammern.
- **Sanierungsstaus beheben**, Schulbauten deutlich modernisieren



7. Bürgernahe Verwaltung – offen, erreichbar, lösungsorientiert und freundlich!

Die Verwaltung muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Wir wollen ein Rathaus, das Sie unterstützt, nicht ausbremst.

- **Gemeinde-, Landkreis- und die Stadtverwaltungen** müssen schneller und stärker digitalisiert und Bürokratie abgebaut werden. Trotz des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und des OZG-Änderungsgesetzes (in Kraft seit 24. Juli 2024), das eine Online-Verfügbarkeit von Dienstleistungen forderte, bleibt die Verwaltung oft eine "Digitalwüste". Wir setzen uns deshalb ein für:
- **Beschleunigungsmaßnahmen 2026: Neue Ansätze:** Das im Mai 2025 gegründete „Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung“ (BMDS) unterstützt neue Ansätze, um Online-Dienste schneller in die Fläche, also in die Kommunen, zu bringen.
- **Modernisierungsagenda:** Bund und Länder haben eine föderale Modernisierungsagenda beschlossen, die über 230 (!) konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau beinhaltet, darunter u.a. die Einführung der elektronischen Unterschriften und Genehmigungsfiktionen.
- **Bürokratieabbau als eine der wichtigen Prioritäten:** Kommunale Spitzenverbände fordern weniger Bürokratie, da die hohe Zahl an Regelungen und Kontrollen die Arbeit vor Ort behindert. Die Bundesregierung hat ein "Entlastungskabinett" eingerichtet, das Maßnahmen zur Reduzierung von Melde- und Berichtspflichten umsetzt.
- **Einführung von praxisgerechten Vergaberegungen,** damit die Kommunen entlastet werden und die Umsetzung von Vergaben schneller geschieht, wie jüngst der Städte- und Gemeindebund forderte.

WG: GESTALTEN STATT VERWALTEN!



8. Lebensqualität, Natur und Umwelt schützen

- **Umwelt-, Natur und Klimaschutz** durch Innovationen statt Verbote, Ausbau regenerativer Energien, Unterstützung der regionalen Landwirtschaft u. Biogasbetriebe, vor allem durch langfristige finanzielle Perspektiven und Unterstützung der Nahwärmeversorgung. Zentral ist dabei der Ansatz, Nachhaltigkeit attraktiv, wirtschaftlich sinnvoll und partizipativ zu gestalten. Das wollen wir umsetzen:
 - **Intelligente Stadtentwicklung (Smart City):** Nutzung von Sensortechnik für intelligentes Lichtmanagement, Parkleitsysteme zur Vermeidung von Suchverkehr und eine optimierte Müllabfuhr.
 - **Grüne Infrastruktur ausbauen**, u.as. durch Entsiegelung von Flächen, Fassaden- und Dachbegrünung sowie Schaffung von Wasserflächen zur Verbesserung des Stadtklimas und Reduzierung von Hitzeinseln.
 - **Kreislaufwirtschaft:** Förderung von Reparatur-Cafés, Leih-Läden und Unverpackt-Initiativen, um Abfall durch Anreize, statt durch Verbote zu minimieren.
 - **Ausbau regenerativer Energien** (dadurch lokale Wertschöpfung) in Eigenregie und Bürgerenergie: Kommunen können eigene Energiegesellschaften gründen, Wind- und Solarparks betreiben und Bürger durch Genossenschaften finanziell beteiligen. Bei Solar- und Windparks die Mitbestimmung der Bürger einfordern.
 - **Solare Offensive:** Solarpflicht bei Neubauten durch attraktive Förderprogramme erweitern, Solar-Kataster erstellen und Dächer öffentlicher Gebäude konsequent für PV-Anlagen nutzen.
 - **Unterstützung der regionalen Landwirtschaft durch regionale Beschaffung:** Kantinen in Schulen, Kitas und Rathäusern auf regionale, saisonale und ökologische Lebensmittel umstellen (Public Procurement).



9. Sicherung der hausärztlichen Grundversorgung mit Haus- u. Fachärzten in den Gemeinden durch aktive Nutzung der Förderkulisse (u.a. durch Förderung der KVN und vom Land Niedersachsen), u.a. durch folgende Maßnahmen

- **hausärztliche Grundversorgung** durch eine Kombination aus aktiver Niederlassungsförderung, strukturellen Maßnahmen und der Nutzung neuer Versorgungsformen absichern.
- **Finanzielle Förderprogramme:** Kommunen können finanzielle Anreize für Niederlassungen bieten, wie z.B. Zuschüsse zur Praxisgründung, Übernahme von Investitionskosten, Mietzuschüsse für Praxisräume
- **Landarztquote und Stipendien:** Unterstützung bei der Gewinnung von Nachwuchsmedizinerinnen und -medizinern durch die Finanzierung von Stipendien, die an eine spätere Tätigkeit in der Region gebunden sind.
- **Entlastung durch Delegation:** Förderung des Einsatzes von entlastenden Versorgungsassistenten (EVA) in Hausarztpraxen, um Hausbesuche und administrative Aufgaben zu übernehmen, was die Effizienz der Hausärzte steigert.



10. Erhalt und Ausbau des AKH-Celle weiterhin in kommunaler Trägerschaft des Landkreises Celle.

Kommunen und Städte können Krankenhäuser sehr wohl in eigener Trägerschaft durch eine Kombination aus direkten Finanzhilfen, strukturellen Maßnahmen und politischer Lobbyarbeit stärken. Da kommunale Kliniken oft defizitär arbeiten, aber essenziell für die Daseinsvorsorge sind, nutzen viele Träger folgende Möglichkeiten:

- **Investitionskostenfinanzierung (durch das Bundesland):** Laut Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind die Bundesländer verpflichtet, die Investitionskosten (z.B. Bau, Großgeräte) zu tragen.
- **Betriebskostenfinanzierung (durch Krankenkassen):** Die laufenden Kosten, wie Personal, Sachmittel und Verbrauchsgüter, werden durch Entgelte (Fallpauschalen/DRGs) finanziert, die von den gesetzlichen und privaten Krankenkassen gezahlt werden.
- **Kommunen zunehmend gezwungen**, neben der Defizitfinanzierung auch Investitionen aus eigenen Mitteln zu übernehmen. Zudem nutzen kommunale Krankenhäuser Fördermittel des Bundes, wie den Krankenhaus-zukunftsfonds, für Modernisierungen.
- **Die Finanzierung kommunaler Krankenhäuser** muss zunehmend über eine "dritte Säule", nämlich direkte Steuerzuschüsse der Kommunen erfolgen, um die chronische Investitionslücke der Länder und auch unzureichende Betriebskostenerstattungen auszugleichen.



11. Verringerung der Steuer- u. Abgabenlast für Bürgerinnen u. Bürger, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft, denn: Kommunen können die Steuer- und Abgabenlast für Bürger, Gewerbe und Landwirtschaft durch eine Kombination aus **Ausgabenoptimierung, attraktiver Wirtschaftsförderung** und **effizienter Verwaltung** senken, ohne zwingend die Hebesätze drastisch erhöhen zu müssen.

- **Gewerbesteuerhebesatz optimieren:** Kommunen können durch niedrige Hebesätze Unternehmen anlocken und durch eine breitere Steuerbasis (mehr Unternehmen) die Last pro Betrieb senken.
- **Grundsteuer A & B attraktiv halten:** Eine moderate Hebesatzpolitik bei der Grundsteuer (für Grundstücke und Landwirtschaft) entlastet Bürger und Landwirte direkt. Besonders im Umland von Metropolregionen kann eine gezielte Unterschreitung der durchschnittlichen Hebesätze (bundesdurchschnittlicher Hebesatz 1998 oft als Benchmark, heute oft über 400%) als Standortvorteil genutzt werden.
- **Ausgabenoptimierung und Effizienz in der Verwaltung.** Verwaltungskosten senken: Durch Digitalisierung und Verschlinkung von Prozessen (E-Government) können Kommunen ihre eigenen Verwaltungsausgaben reduzieren.
- **intensive Nutzung von EU-, Bundes- oder Landesmitteln für Investitionen,** um den eigenen Haushalt von Gemeinden und Stadt zu entlasten.
- **öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)** können den Haushalt von Kommunen verbessern, und dienen dazu, Infrastrukturprojekte zu beschleunigen, Fachwissen zu nutzen und Risiken auf private Partner zu übertragen.

Stadtrats- sowie Gemeinderätewahl 2026

„9 Richtige“ für Celle

WG: GESTALTEN STATT VERWALTEN!

1. Basisorientierte Kommunalpolitik vom Bürger für den Bürger bedeutet:

...Entscheidungen nah am Bürger zu treffen, Transparenz zu schaffen und direkte Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Sie nutzt das Prinzip der Selbstverwaltung, um lokale Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln.

Wir führen und fordern regelmäßige öffentliche Bürgerworkshops in den Kommunen ein, damit Bürgerinnen und Bürger mitreden und vor allem mitbestimmen können, durch:

- **Transparenz herstellen:** Bürger umfassend über Pläne, Haushalte und Projekte informieren (Open Government).
- **Ansprechbar sein:** Als Kommunalpolitiker suchen wir aktiv das Gespräch, wir zeigen Kümmerer-Mentalität und möchten Vertrauen aufbauen
- **Direkte Mitbestimmung:** Wir nutzen Bürgerversammlungen, Jugendparlamente oder Planungsworkstätten nutzen, um Ideen direkt aus der Bevölkerung aufzunehmen.
- **Subsidiaritätsprinzip nutzen:** Wir wollen Aufgaben dort lösen, wo sie entstehen – erst wenn die Gemeinde überfordert ist, kommen Landkreis oder Land ins Spiel.
- **Ehrenamt stärken:** Wir unterstützen die Vereine, Initiativen und Verbände und binden das ehrenamtliche Engagement in den politischen Prozess ein, denn: bürgerschaftliches Engagement ist der Kit, der unsere Gesellschaft und das Leben in den Kommunen zusammenhält!

2. „Transparenz statt Parteienfilz bedeutet: Wir wollen Bürgerinformation und Teilhabe VOR wichtigen Entscheidungen“. Das ist unsere politische Forderung, die auf mehr Offenheit, Nachvollziehbarkeit und direkte Mitbestimmung in der Politik abzielt. Sie wendet sich gegen intransparente Absprachen (Filz) und fordert, dass Bürger nicht erst vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern frühzeitig eingebunden werden.

- **Transparenz (Offenheit):** Verwaltung und Politik legen Informationen, Entscheidungswege und finanzielle offen. Entscheidungen sollen „durchschaubar“ und nachvollziehbar sein.
- **Frühzeitige Information:** Bürger sollen nicht erst informiert werden, wenn ein Vertrag unterschrieben oder eine Planung abgeschlossen ist.
- **Umfassende Information:** Informationen müssen zugänglich, verständlich und in klarer Sprache zur Verfügung gestellt werden (Open Data). **Ziel:** Bürger sollen in die Lage versetzt werden, die Konsequenzen geplanter Maßnahmen zu verstehen, bevor diese bindend sind.
- **Aktive Beteiligung und echte Mitbestimmung:** Bürgerbeteiligung bedeutet mehr als nur Information; sie umfasst die Möglichkeit zur Mitgestaltung durch Anhörungen, Bürgerforen oder Planungszellen.

Teilhabe soll Konsequenzen haben und spürbare Veränderungen ermöglichen, anstatt nur Vorschläge zu sammeln, die nicht umgesetzt werden.

3. Kommunen & Infrastruktur stärken bedeutet: Kommunalfinanzen mit verantwortungsvoller, sparsamer Haushaltsführung, die sich an den Einnahmen orientiert und die Verschuldung langfristig abbaut. Kommunen in Deutschland können ihre Infrastruktur stärken und die Finanzen durch einen Mix aus **gezielter Nutzung von Fördermitteln (insb. Sondervermögen 2025/2026)**, durch **Investitionen in klimaresiliente Infrastruktur und striktem Haushaltsmanagement** vor Verschuldung sichern.

- **Nutzung von Sondervermögen & Fördermitteln:** Kommunen sollten intensiv das **Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“** (500 Mrd. Euro bis 2045) nutzen, das 2025 in Kraft trat, um Projekte in Bildung, Verkehr und Digitalisierung zu finanzieren.
- **Beschleunigte Umsetzung:** Durch die Reform des Vergaberechts und die Reduzierung von Bürokratie (geplant ab 2026, z. B. „Bauturbo“) sollen Projekte schneller umgesetzt werden.
- **Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP):** Die Einbindung privater Partner kann helfen, den Rückstand bei Schulen, Kitas und Straßen abzubauen.
- **Fokus auf Daseinsvorsorge:** Die Rückführung von Infrastruktur (Wasser, Energie, Wohnen) in kommunale Hand kann Gewinne sichern und die Qualität der Daseinsvorsorge erhöhen.
- **Konsolidierung u. Ausgabenkontrolle:** Trotz Investitionsnotwendigkeit müssen Kommunen ihre Haushalte konsolidieren, insbesondere durch Begrenzung steigender Sozial- und Personalausgaben.



4. Jugend ist Zukunft bedeutet für uns, dass junge Menschen als entscheidend für die Zukunft angesehen werden. Durch Jugendarbeit soll Unterstützung geboten werden (fördern), gleichzeitig sollen Jugendliche aber auch motiviert werden, Verantwortung zu übernehmen, sich zu engagieren und eigene Leistungen zu erbringen (fordern), um ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu unterstützen.

- **Fördern (Unterstützung)**: Bereitstellung von Angeboten der Jugendhilfe, Freiräumen zur Entfaltung, Bildungsmöglichkeiten und Infrastruktur.

- **Fordern (Aktivierung)**: Anregung zu sozialem Engagement, politischer Mitverantwortung und aktiver Teilhabe an der Gesellschaft, nicht nur passive Konsumhaltung.

- **Anerkennung der Jugend** als wichtige Gestalter der Gesellschaft, deren Förderung eine Investition in die Zukunft darstellt. In der Praxis bedeutet dies aus unserer Überzeugung als eine Mischung aus Hilfe zur Selbsthilfe und dem Einfordern von Eigeninitiative, etwa in der Jugendarbeit von Vereinen, Schulen oder offenen Treffs.



5. Gewerbe, Wirtschaft, Handwerk, Industrie, und Landwirtschaft sind die Basis unseres Wohlstandes, die es gilt zu fördern und auszubauen. Die Unterstützung unseres heimischen Gewerbes, Klein- u. Mittel-ständischen Betriebe (KMU) und unserer regionalen Landwirtschaft liegt uns am Herzen.

- **Aktive Wirtschaftsförderung und KMU-Unterstützung** würden wir durch Beratung und Vernetzung von Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die KMU bei Förderanträgen (z.B. für Digitalisierung, Energieeffizienz) unterstützen und Kooperationen mit Wissenschaft und Hochschulen erleichtern. Schnellere Genehmigungen: Verkürzung von Verwaltungsabläufen bei Bauanträgen, Gewerbeanmeldungen und Genehmigungen, um Investitionen der Betriebe zu beschleunigen.
- **Stabile Hebesätze**: Ein maßvoller Gewerbesteuerhebesatz sorgt für Standortattraktivität. Wettbewerbsfähige Hebesätze verhindern die Abwanderung von Unternehmen und stärken die langfristige Steuerkraft.
- **Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur**: Die Ansiedlung verschiedener Branchen verringert die Abhängigkeit von einzelnen Großsteuerzahlern und stabilisiert das Steueraufkommen konjunkturunabhängiger. ggf. Unternehmen unterstützen, um deren Fortbestand zu sichern.
- **Investitionsanreize**: Nutzung von Programmen zur Förderung von Investitionen, die wiederum die Bemessungsgrundlage für zukünftige Steuern erhöhen.
- **Grundstückspolitik**: Entgeltliche oder verbilligte Überlassung von Grundstücken und Gebäuden zur Ansiedlung oder Erweiterung von Betrieben.



6. Lebensqualität, Natur und Umwelt schützen

- **Umwelt-, Natur und Klimaschutz** durch Innovationen statt Verbote, Ausbau regenerativer Energien, Unterstützung der regionalen Landwirtschaft u. Biogasbetriebe, vor allem durch langfristige finanzielle Perspektiven und Unterstützung der Nahwärmeversorgung. Zentral ist dabei der Ansatz, Nachhaltigkeit attraktiv, wirtschaftlich sinnvoll und partizipativ zu gestalten. Das wollen wir umsetzen:
 - **Intelligente Stadtentwicklung (Smart City):** Nutzung von Sensortechnik für intelligentes Lichtmanagement, Parkleitsysteme zur Vermeidung von Suchverkehr und eine optimierte Müllabfuhr.
 - **Grüne Infrastruktur ausbauen**, u.as. durch Entsiegelung von Flächen, Fassaden- und Dachbegrünung sowie Schaffung von Wasserflächen zur Verbesserung des Stadtklimas und Reduzierung von Hitzeinseln.
 - **Kreislaufwirtschaft:** Förderung von Reparatur-Cafés, Leih-Läden und Unverpackt-Initiativen, um Abfall durch Anreize, statt durch Verbote zu minimieren.
 - **Ausbau regenerativer Energien** (dadurch lokale Wertschöpfung) in Eigenregie und Bürgerenergie: Kommunen können eigene Energiegesellschaften gründen, Wind- und Solarparks betreiben und Bürger durch Genossenschaften finanziell beteiligen. Bei Solar- und Windparks die Mitbestimmung der Bürger einfordern.
 - **Solare Offensive:** Solarpflicht bei Neubauten durch attraktive Förderprogramme erweitern, Solar-Kataster erstellen und Dächer öffentlicher Gebäude konsequent für PV-Anlagen nutzen.
 - **Unterstützung der regionalen Landwirtschaft durch regionale Beschaffung:** Kantinen in Schulen, Kitas und Rathäusern auf regionale, saisonale und ökologische Lebensmittel umstellen (Public Procurement).



7. Erhalt und Ausbau des AKH-Celle weiterhin in kommunaler Trägerschaft des Landkreises Celle.

Kommunen und Städte können Krankenhäuser sehr wohl in eigener Trägerschaft durch eine Kombination aus direkten Finanzhilfen, strukturellen Maßnahmen und politischer Lobbyarbeit stärken. Da kommunale Kliniken oft defizitär arbeiten, aber essenziell für die Daseinsvorsorge sind, nutzen viele Träger folgende Möglichkeiten:

- **Investitionskostenfinanzierung (durch das Bundesland):** Laut Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind die Bundesländer verpflichtet, die Investitionskosten (z.B. Bau, Großgeräte) zu tragen.
- **Betriebskostenfinanzierung (durch Krankenkassen):** Die laufenden Kosten, wie Personal, Sachmittel und Verbrauchsgüter, werden durch Entgelte (Fallpauschalen/DRGs) finanziert, die von den gesetzlichen und privaten Krankenkassen gezahlt werden.
- **Kommunen zunehmend gezwungen,** neben der Defizitfinanzierung auch Investitionen aus eigenen Mitteln zu übernehmen. Zudem nutzen kommunale Krankenhäuser Fördermittel des Bundes, wie den Krankenhaus-zukunftsfonds, für Modernisierungen.
- **Die Finanzierung kommunaler Krankenhäuser** muss zunehmend über eine "dritte Säule", nämlich direkte Steuerzuschüsse der Kommunen erfolgen, um die chronische Investitionslücke der Länder und auch unzureichende Betriebskostenerstattungen auszugleichen.

8.

Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Altstadt steigern- durch mehr Grün, bezahlbaren Wohnraum, attraktive Einzelhandelsgeschäfte (insbes. Wiederbelebung des Karstadt-Grundstücks), lebendige Kneipen-, Kultur- u. Veranstaltungsszene, saubere und funktionstüchtige öffentliche WC- Anlagen (möglichst mit Servicekraft), kostenloses Parken auf der Allerinsel, die Sicherheit insbesondere in der Altstadt und den Parkanlagen verbessern.

9.

Ausbildungsstandort Celle: Ausbau zum niedersächsischen Ausbildungsstandort für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr (Brand und Katastrophenschutz, Rettungswesen) und Gesundheitsberufe in die Wege leiten durch die bessere Vernetzung der großen Player vor Ort wie Lobetal, AKH Celle, DRK, NLBK bis hin zu z.B. der Etablierung von weiteren Ausbildungszentren oder Studiengängen, Stärkung der Resilienz in der zivilen Verteidigung, Celle als „Hot Spot“ in der Ausbildung im zivilen Verteidigungs- und Katstrophenschutz in Niedersachsen